

Polizeiposten, Rosa-Luxemburg-Straße 1, mit einem Mitarbeiter aus dem Fachbereich Bürgerdienste der Stadtverwaltung

Friedensrichter

Dienstag, 21. Juni 2005, 16 Uhr, im Arbeitslosentreff HALT, Röbbeckestraße 14, Tel. 1 68 44

Volkssolidarität

Dienstag, 5. Juli 2005, 9.30 bis 11 Uhr, im Neuen Rathaus, Lörracher Platz 1, Konferenzraum II, 2. Stock, Zimmer 33.

Kreistag entscheidet gegen Meeraner Krankenhaus

Der Kreistag des Landkreises Chemnitzer Land traf sich am 25. Mai 2005 zu einer Sondersitzung. Auf Antrag der Fraktion Unabhängige Liste Chemnitzer Land (ULCL) hatten die Kreisträte über einen Beschlussvorschlag zu entscheiden, dass das Krankenhaus Meerane erst dann geschlossen wird, wenn das neue Gebäude des zweiten Bauabschnittes in Glauchau in Betrieb genommen wird.

Die Kreiskrankenhaus Rudolf Virchow Glauchau gGmbH hat im Dezember 2004 beschlossen, den Klinikteil Meerane zum 30. Juni 2005 zu schließen. Diesen Schließungstermin zu verhindern, um Zeit für eine Weiterentwicklung der Einrichtung zu gewinnen, war Ziel dieses Antrages.

Bürgermeister Prof. Dr. Lothar Ungerer zum Abstimmungsergebnis:

„Mit 23 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen ist das Ergebnis denkbar knapp gegen das Meeraner Krankenhaus ausgefallen. Ich danke allen Kreisträten, die dem Meeraner Krankenhaus und damit den Menschen eine Perspektive geben wollten.“

Was mich erschüttert, ist die kalte Art und Weise der Begründung der Schließung, die von Landrat Dr. Christoph Scheurer und den Fraktionsvorsitzenden der CDU (Herrn Helmut Trommer) und der SPD (Herrn Prof. Joachim Schindler) vorgetragen wurde. Die Anliegen und Sorgen der Menschen, ihre Ängste und Hoffnungen wurden nicht zur Kenntnis genommen. Im Gegenteil: Sie wurden mit anonymen Zahlen und Statistiken erschlagen. Es ist eine Entscheidung gegen den erklärten Willen aller Bürger; kalt und zentralistisch; ohne Gespür für das Leben vor Ort. In allen drei Reden war nichts zu spüren von Humanität oder christlicher Nächstenliebe. Man blieb kompromisslos; nicht einmal eine 'Galgenfrist' wurde eingeräumt.

Mit der Schließung wird der Stadt und den Menschen ein Stück Leben genommen. Es geht vorläufig eine 146-jährige Krankenhaus-tradition zu Ende.

Für mich ist der Beschluss schmerzlich, da ich weiß, dass viele Menschen tief enttäuscht sind und Hoffnungen verloren haben. Die Schließung ist eine 'Katastrophe im Stillen', wie es Chefarzt Dr. Dietmar Walter formulierte. Wir haben den Beschluss zu akzeptieren und schlagen jetzt ein neues Kapitel auf. Die

Zeit mit Glauchau ist vorbei.

Es gibt jetzt zwei Ziele:

Erstens werden wir gegenüber der Kreiskrankenhausgesellschaft Glauchau jetzt eine härtere Gangart einlegen. Das Krankenhaus wurde als städtische Immobilie an Glauchau in all den Jahren unentgeltlich verliehen. Das Haus muss funktionstüchtig erhalten bleiben. Wir werden nicht zulassen, dass es mit dem Auszug demontiert wird. Dies gibt eine juristische Auseinandersetzung.

Zweitens werden wir unsere Gespräche mit einem neuen Träger intensivieren. Der Meeraner Stadtrat hat den Bürgermeister dazu ermächtigt. Mit der großartigen Unterstützung der Menschen in Meerane und in der Region, vor allem auch in Thüringen, bin ich mir sicher, dass wir einen neuen Partner finden werden.“



Kreistagssitzung am 25. Mai 2005. Im Publikum über 70 Meeraner, die mit großer Enttäuschung das Abstimmungsergebnis zur Kenntnis nehmen mussten. Foto: Hönsch

Unsere Schulen für unsere Kinder und unsere Zukunft

Bürgermeister Prof. Dr. Lothar Ungerer zu den Entscheidungen des Kultusministeriums:

„Das Schulsterben in Sachsen geht weiter. Für die Hirschgrund-Mittelschule Meerane entzieht der Freistaat Sachsen für die Klassenstufe 5 seine Mitwirkung. Damit dürfen keine Einschulungen vorgenommen werden. Von der angedrohten Schließung der gesamten Schule zum 31.07.2006 sieht das Kultusministerium „zum jetzigen Zeitpunkt“ ab. Gründe dafür werden nicht genannt. Ein kleiner Erfolg, den die Schüler, Eltern und Lehrer der Hirschgrundschule mit ihren Aktionen gemeinsam erreicht haben.“

Da das Kultusministerium den Sofortvollzug des Bescheides angeordnet hat, wird die Stadt Meerane sich mit einer Klage an das Verwaltungsgericht Chemnitz wenden, um den Bescheid nicht rechtskräftig werden zu lassen. Die Stadt Meerane strebt damit einen wirksamen Rechtsschutz an, um eventuell doch eine 5. Klassenstufe einrichten zu können.

Die Stadt Meerane erhielt wie alle betroffenen sächsischen Gemeinden und Städte ihren Bescheid am Freitagabend (27. Mai), obwohl im Regionalschulamt Chemnitz bereits um die Mittagszeit eine Besprechung der Schulleiter stattfand, die über die Inhalte der Bescheide

informiert wurden. Es ist davon auszugehen, dass die Entscheidungen des Kultusministeriums Tage davor lagen. Weshalb die Schulträger dann am Freitag (27. Mai) erst ab 16 Uhr bis tief in die Nacht per Telefax ihre Bescheide erhielten, bleibt ein Geheimnis der Informationspolitik des Kultusministeriums. Es zeigt jedoch drastisch, welche hoheitliche und obrigkeitstaatliche Einstellung das gegenwärtige Kultusministerium zu den Gemeinden und Städten hat. So kann man mit der kommunalen Selbstverwaltungsebene in einer Demokratie nicht umgehen.

Die Bilanz ist ernüchternd: 82 Schulen werden geschlossen. 110 Schulen erhalten für eine oder mehrere Klassenstufen keine Lehrer mehr (sog. Mitwirkungsentzug). Es ist zu erwarten, dass diese 110 Schulen im nächsten Jahr zu den Schließungsschulen zählen; neue Schulen kommen dann mit Mitwirkungsentzügen dazu. So werden auch im kommenden Jahr die Gemeinden und Städte um ihre Schule kämpfen. Das bittere Spiel geht dann ins vierte Jahr.

Im dritten Jahr vollzieht der Freistaat Schulschließungen über das Verfahren des „Mitwirkungsentzuges“, d. h. er zieht sich als Schulträger zurück und lässt die Kommunen alleine.

Eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Menschen der Schule, den Menschen der Stadt, die diese ernst genommen hätte, findet in diesem Prozess nicht statt.

Die Kommunen machen von Jahr zu Jahr die Erfahrung, dass dieses Verfahren rigoros vollzogen wird. Es wird keine Rücksicht genommen

- auf die Qualität und das Leistungsvermögen der betroffenen Schule,
- auf die Anliegen der Städte und Gemeinden,
- auf die Wünsche der Kinder und Jugendlichen,
- auf die Eltern und deren Bildungswünsche,
- auf die Anliegen der örtlichen Wirtschaft und
- es wird keine Rücksicht genommen auf das soziale Gefüge und den sozialen Frieden des Heimatortes.

Erneut hat die Pädagogik in Sachsen den 'ökonomischen Zwängen' und den statistischen Zahlenspielen des Kultusministeriums offenkundig nichts Ernstes entgegenzusetzen. Es spricht vieles dafür, dass kleinere Menschen in kleineren Einheiten leben, lernen und arbeiten sollten. Wir brauchen die Schulen vor Ort, da wir in den Gemeinden und Städten an unserer Zukunft arbeiten. Wir setzen auf pädagogische Vernunft: Schüler, Lehrer, Eltern und Schulträger finden gemeinsam die angemessene Größenordnung einer Schule, da Schulen in erster Linie pädagogische Einrichtungen sind.

Wir müssen gemeinsam den Mut aufbringen, in unseren Schulen jetzt die Modernisierungen vorzunehmen, die notwendig sind. Die Gemeinden und Städte sind dazu bereit. Über weitere Schritte wird die Bürgermeisterinitiative beraten.“